

Haushaltsrede 14.04.2011 Claudia Fleisch

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte es zwar schon im letzten Jahr angesprochen, aber ich werde nicht müde,
Missstände weiter anzuprangern.
Dieses Haus doktert schon jahrelang an den Symptomen unserer finanziell kranken Stadt, an
die Bekämpfung der Ursachen traut sich aber keiner ran.
In unserer Stadt reicht das Geld nicht mehr aus, um die grundlegendsten Bedarfe zu decken.

Sowohl das Grundgesetz als auch die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
garantieren immer noch die kommunale Selbstverwaltung.
Dies beinhaltet einen verfassungsrechtlich verbürgten Anspruch auf eine aufgabengerechte
Finanzausstattung.

Bund und Land entziehen sich seit Jahren dieser Pflicht.
So ist auch die vielfach beklagte verheerende Finanznot der Kommunen in Nordrhein-
Westfalen auf ein strukturelles Einnahmenproblem zurückzuführen.
Die falsche Verteilung der Kosten der deutschen Einheit, eine abenteuerliche
Steuerverzichtspolitik zugunsten der Reichen, eine langjährige Umverteilung von unten nach
oben sowie die Konzentration von Wirtschaftsressourcen auf eine finanzmarktgetriebene
Profitmaximierung haben einen gewaltigen Scherbenhaufen hinterlassen.

Auch durch die Zockerei der Vorstände der WestLB kommt noch eine massive Belastung auf
uns zu, die in ihrer ganzen Dimension noch gar nicht abzuschätzen ist.
Ob dann die Kreisumlage nicht doch erhöht werden muss?

Sicherlich die jetzige rot-grüne Minderheitenregierung in NRW hat nun für das
Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 aktuellere statistische Daten verwendet, eine andere
Berechnungsform angewandt und die Schlüsselzuweisungen anders verteilt. Der
Soziallastenansatz wird höher anerkannt. Aber reicht das wirklich? Wir LINKEN sehen es als
einen guten Ansatz aber auch nicht mehr. 2 Milliönchen mehr ist der berühmte Tropfen auf
den heißen Stein der an anderer Stelle wieder aufgezehrt wird. Fakt ist, ohne ausreichende
Hilfen von Bund und Land wird unsere Stadt immer tiefer in die roten Zahlen rutschen.

Durch die daraus resultierende Verschuldung muss jetzt laut Regierungspräsident und
Kommunalaufsicht drastisch gespart werden. Wir LINKEN nennen es nicht sparen, wir
nennen es gnadenloses Streichen zu Lasten der Verwaltung sowie der Bürgerinnen und
Bürger.

Man könnte es auch Erpressung nennen.

Für „Das soziale Marl“ werben und dann mal so eben weitere 50 Vollzeitstellen wegfallen lassen.

Diese Stellen sind für immer weg, auch für künftige Generationen.

Was ist daran sozial?

Sind die 50 Stellen wirklich überflüssig?

Durch die jetzt schon unbesetzten Verwaltungsstellen kommt es zur Arbeitsverdichtung und wegbrechenden Bürgerservice, bei weiteren Stellenstreichungen wird es trotz steigender Gebühren zu weiteren Einbußen für den Bürger kommen.

Und, meine Damen und Herren, wir haben immer noch keine solide Eröffnungsbilanz und keine ausreichenden Produktbeschreibungen. Wie sollen die Mitarbeiter in der Verwaltung, die sowieso schon am Rande ihrer Belastbarkeit sind, uns präzise informieren, wenn immer mehr Stellen wegfallen?

Wenn dann nichts mehr geht, wird dann privatisiert?

Wäre das im Sinne der Fraktionen, denen das bisherige Streichkonzert nicht reicht?

„Das soziale Marl“ wird nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet?

Stadtverwaltung powered bei Bertelsmann?

Auf den Kater danach sind wir jetzt schon mal gespannt.

Einem Stellenabbau stimmen wir jedenfalls nicht zu,
wir stehen zu unseren Wahlaussagen!

DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, dass eine Gemeindegewerbesteuer die jetzige Gewerbesteuer ersetzt auch unter Einbeziehung der Selbstständigen.

DIE LINKE fordert, dass die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Land mittelfristig abgeschafft wird, damit den Gemeinden ihre Einnahmen in Gänze zukommen.

Unsere Stadt braucht endlich mehr Geld um auch wichtige Investitionen tätigen zu können. Den Zustand unserer Straßen und öffentlichen Gebäude kennen wir schließlich alle. Das Geld muss dorthin, wo die Menschen leben und wo öffentliche Aufgaben erledigt werden müssen.

Wir halten es für aberwitzig, Millionenbeträge zu streichen, wo jeder Cent bitter benötigt wird. Marl sollte nicht für Schulden aufkommen, die der Stadt aufdiktiert wurden.

Deshalb sagen wir Nein zu diesem Haushalt, denn Symptome sind genug bekämpft.

Kümmern wir uns um die Ursachen und die sitzen immer noch in Berlin und Düsseldorf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Mit freundlichem Gruß

Claudia Fleisch
(Fraktionsvorsitzende)